A1 Unsere Zukunft? Unsere Regeln! Unsere Kampagne zur Landtagwahl 2027 im Saarland!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	09.11.2026
Tagesordnungspunkt:	7 Antrag zur Landtagswahlkampagne

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die LMV nimmt die inhaltliche und organisatorische Planung des Kampagnenteams für die Landtagswahl 2027 zur Kenntnis und beschließt die unten dargestellten zehn Schwerpunkte als inhaltliche Grundlage unserer Kampagne.

2. Die GRÜNE JUGEND Saar beteiligt sich aktiv und mit eigenem, erkennbar jugendpolitischem Profil am Landtagswahlkampf. Wir tragen unsere Forderungen in den Wahlkampf der Grünen und fordern, dass sie dort Gehör finden.

Unsere Zukunft? Unsere Regeln!

Das Saarland soll ein Land sein, in dem junge Menschen bleiben wollen. Hier liegt Wohnraum nicht unerreichbar fern, hier führt eine Ausbildung zu einem fairen Lohn und einer Perspektive, und hier bringt der Bus uns nach Hause, auch wenn wir nicht in der Stadt wohnen. Die Realität sieht für viele anders aus. Wer jung ist, zahlt drauf: bei der Miete, im Semesterbeitrag, bei der Fahrt zur Berufsschule. Zugleich spricht die Politik über uns und selten mit uns. Wir sagen: Das reicht nicht mehr.

Junge Menschen im Saarland brauchen Perspektiven statt Pflichtdienste. Deshalb sagen wir Nein zur Wehrpflicht. Wir wollen keine Zukunft, die von oben zugeteilt wird, sondern eine, die wir selbst gestalten. Dazu gehört auch, dass sich junge Familien ein Zuhause leisten können. Wir fordern darum den Erlass der Grunderwerbsteuer für das erste Eigenheim, damit sie im Land bleiben und Eigentum bilden können.

Die Landtagswahl 2027 entscheidet darüber, ob junge Menschen im Saarland bleiben, hier eine Ausbildung oder ein Studium beginnen und sich eine Wohnung leisten können. Sie entscheidet auch darüber, wie viel Raum rechte Parolen in unserer Demokratie bekommen und ob Parteien sich ihnen in den Weg stellen oder anbiedern. Bei beidem darf die GRÜNE JUGEND nicht Zuschauerin sein. Wir wollen dort mitreden, wo über uns entschieden wird, im Landtag, in den Kommunen und auf der Straße.

Unsere Kampagne ist kompromisslos gerecht. Sie verbindet drei Schwerpunkte, soziale Sicherheit für junge Menschen, also bezahlbares Wohnen, gute Ausbildung, Mobilität für alle und Bildung, die niemanden zurücklässt. Dazu kommt konsequenter Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, von feministischer Politik bis zum Kampf gegen rechts. Der dritte Punkt ist die Stärkung demokratischer Beteiligung, denn wer mitentscheiden darf, lässt sich nicht mehr vertrösten.

Wir bleiben dabei nicht zuhause auf der faulen Haut hocken. Mit unseren Aktionspaketen gehen wir dorthin, wo junge Menschen sind, an Schulen, in Bars,

in Parks, an Haltestellen. Wir hören zu, was sie bewegt, und tragen ihre Anliegen in den Wahlkampf. Viele unserer Forderungen sind nur gemeinsam durchsetzbar. Deshalb knüpfen wir Bündnisse mit den Gewerkschaftsjugenden, mit Studierendenvertretungen und mit NGOs. Unsere Kampagne lebt davon, dass alle Mitglieder und Kreisverbände, jede und jeder einzelne von uns sie tragen. Es ist unsere Zukunft, also machen wir auch unsere Regeln.

1. Innere Sicherheit – Schutz vor Gewalt und Desinformation

- Femizide statistisch erfassen: eine einheitliche, zentrale und staatliche Datenerhebung sowie eine Sondereinheit.
- Spezialisierte Gerichte und Kammern für geschlechtsspezifische Gewalt nach spanischem Vorbild, inklusive des Modells der elektronischen Fußfessel im Umgang mit Sexualdelikten.
- Einheitliche Fortbildungsstandards für die Polizei im Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, dazu interprofessionelle Teams aus Sozialarbeit, Psychologie und weiteren Fachkräften.
- Eine externe Behörde für Ermittlungen gegen Polizeibeamt*innen.
- Desinformationskampagnen bekämpfen: durch Medienbildung, Plattformregulierung und Verifizierungsmaßnahmen auch auf alternativen Plattformen.

2. Arbeit und Ausbildung

- Faire Löhne: Mindestvergütung für Auszubildende.
- Ausbildung wieder attraktiv machen: Wohnheime für Auszubildende, bessere Ausbildungsbedingungen, gute Übernahme- und Vermittlungsperspektiven,

besondere Unterstützung für Alleinerziehende, ein Vermittlungskonzept für Ausbildungsberufe.

- Ein verpflichtendes Kontingent an Ausbildungsplätzen für größere Betriebe (z. B. ab 250 Beschäftigten); für kleine und mittlere Unternehmen suchen wir tragfähige eigene Lösungen.

- Chancengleichheit durchsetzen: konsequente Umsetzung der Quotenförderung für FLINTA*, migrantisierte und behinderte Menschen, Antidiskriminierung und multinationales Arbeiten.

- Gender Pay Gap abbauen (Teilzeit, Niedriglohnsektor), Vielfaltsbeauftragte und flexible Modelle für Care-Arbeit sowie Landesförderprogramme für FLINTA* in MINT-Berufen und Führungspositionen.

3. Soziale Gerechtigkeit

- Bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen: staatlich geförderte Wohnheime für Studierende und Azubis, WG-Mieten, Sozialwohnungen und kommunale Bebauung.

- Landesprogramme und niedrigschwellige, kostengünstige Beratung für Jugendliche in Armut und Wohnungslosigkeit.

- Unabhängige Meldestellen für Diskriminierung und mehr Mittel für Beratungsstellen für Betroffene rechter, homophober und sexistischer Gewalt.

- Konsequente Bekämpfung rechter Gewalt, von der Prävention bis zur Strafverfolgung.

- Gerechte Verteilung: Wir wollen Superreiche stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen ("Tax the rich").

4. Klima, Umwelt und Mobilität

- Mobilität für alle: ein kostenloses Nahverkehrsticket, mehr Finanzierung für den ÖPNV im Saarland, bessere Taktung und Knotenpunkte, transparente Information über Angebote, vor allem im ländlichen Raum.

- Kostenlose Parkplätze an ÖPNV-Knotenpunkten sowie kostenlose, sichere Fahrradstellplätze.

- Ein landesweites Radverkehrsnetz von 4.000 km: Bestandsaufnahme der vorhandenen Radwege, Radverkehrsführung an Bundes- und Landstraßen und rasche Umsetzung des Radverkehrsplans.

- Erneuerbare Energien fördern, ein autofreier Campus in Saarbrücken.

5. Rechtsruck und Demokratie

- Wir fordern das AfD-Verbotsverfahren, und zwar jetzt.

- Unsere Kandidat*innen koalieren nicht mit Parteien, die eine Zusammenarbeit mit der AfD in Erwägung ziehen.
- Beamtenstatus bei aktiver politischer Betätigung in rechtsextremen Parteien überprüfen und aufheben.
- Demokratieförderung in Erwachsenenbildung, Betrieben und Schulen; Förderung politischer Jugendarbeit sowie von Organisationen wie LSVD, DGB und Diakonie.
- Mitbestimmung stärken: Kompetenzen der Studierendenparlamente ausbauen und ihre Forderungen verbindlich behandeln, Kinder- und Jugendparlamente stärken, Azubi-Parlamente prüfen.

6. Bildung und Chancen

- Gerechte und faire Bildung, mehr Förderung für Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten.
- Deutsch als Zweitsprache stärken und Schulpsychologie ausbauen.
- Demokratiebildung an Schulen (Klassenräte, SV), Digitalisierung an Schulen fördern.
- Studieren bezahlbar machen: Semesterbeitrag senken, das Studierendenwerk staatlich finanzieren, das Semesterticket zu 60 % subventionieren und Verwaltungsgebühren streichen.

7. Asyl und Integration

- Kostenlose, fach- und berufsspezifische Sprachförderung unter Beteiligung von Betrieben oder Land.
- Niedrigschwellige, freiwillige Integrationskurse mit Demokratieangeboten wieder einführen.
- Wiedereinführung der anwaltlichen Pflichtvertretung in Abschiebehaftsachen (rechtlich noch zu prüfen).

8. Feministische Gesundheitspolitik

- Mehr Aufklärung und Weiterbildung zu Endometriose.
- Sichere Schwangerschaftsabbrüche, auch während des Studiums.
- Weibliche Physiologie als verpflichtender Teil medizinischer Aus- und Weiterbildung; Zulassungsstudien und Untersuchung von Nebenwirkungen für alle Geschlechter.
- FLINTA*- und trans*freundliche Infrastruktur in Kliniken, feministische Gesundheitsworkshops (z. B. Reanimation bei Frauen).
- Kostenfreie Verhütungs- und Menstruationsprodukte.

9. Kultur und Ehrenamt

- Ehrenamt stärken: Auszeichnungen, Vergünstigungen (z. B. im ÖPNV) und Freistellungen durch Arbeitgeber.
- Vereinsarbeit und Sportprogramme finanziell fördern.
- Kneipen- und Clubsterben verhindern, Jugendzentren fördern.

Unser Weg in den Wahlkampf

Um uns startklar zu machen für die Kampagne haben wir Aktionspakete entwickelt, die unsere Inhalte auf die Straße transportieren sollen:

1. Mein Stift zählt: Was muss sich an Schulen ändern?

Thema: Bildung und Schule

Alternative Namen: „Schule neu gedacht: wo setzt du an?“ oder „Schule, wie sie sein sollte“

Materialien:

- 5–8 Gläser mit Etiketten (Titel und Icon, besser anpassbar mit Kreidemarker): Gebäudesanierung, Digitalisierung, Unterrichtsausfall / mehr Lehrkräfte, Schulessen, Mental Health, Schulsozialarbeit, Mitbestimmung, Schulweg, Nachhaltigkeit an der Schule, Demokratieunterricht, gute Ausstattung
- Schild oder Banner mit Erklärung, Tafel als Schild, Tisch, Bleistifte, Klebeband

Giveaways: gebrandete Bleistifte, Lineale („Leg die Messlatte höher“), Radiergummis

Ablauf: Es wird eine Art Schulstation aufgebaut: Mehrere beschriftete Gläser stehen auf einem Tisch. Jede Person erhält 3–6 Bleistifte und steckt sie in die Gläser, die ihr am wichtigsten sind. Als Giveaway gibt es Lineale, Bleistifte und Radiergummis.

Gesprächsthemen: Was hat dich in deiner Schulzeit am meisten gestört? Mental Health und Freizeit in der Schule, Leistungsdruck, Unterrichtsausfall.

2. Abgehängt oder Ausgebildet?

Thema: Ausbildung und Arbeit

Materialien: 2 Plastikmikrofone, 12 beschriebene Fragenkarten mit Fakten

Giveaway: Schlüsselbund mit „Unsere Ausbildung – Unsere Regeln!“

Ablauf: Straßenquizshow mit Schätz- und Wissensfragen rund um Ausbildung und Arbeit; wer antwortet, kann ein kleines Giveaway gewinnen. Ziel ist es, über Ungerechtigkeiten ins Gespräch zu kommen und unsere Forderungen mitzuteilen.

Forderungen:

- Mindestlohn für alle
- Quotenförderung in großen Betrieben
- Vermittlungskonzept für Ausbildungen im Saarland (z. B. für arbeitslose Jugendliche, Migrantisierte, FLINTA*-Förderung in technischen Berufen)

Fragen und Antworten:

- Wie hoch ist die Ausbildungsvergütung im 1. Ausbildungsjahr ungefähr? – ca. 900 €
- Wie viel Prozent der Ausbildungsplätze blieben im Saarland 2024/25 unbesetzt? – ca. 8 % (500 von 6.000)
- Wie viel Prozent der Auszubildenden im Saarland sind mit ihrer Ausbildung zufrieden? – 64 %, der zweitniedrigste Wert seit Start des DGB-Reports 2012
- Top-5-Ausbildungsberufe im Saarland bei Männern*: Kraftfahrzeugmechatroniker (9 %), Heizungsbauer (6 %), Fachinformatiker (5 %), Elektroniker (4 %), Industriemechaniker (3 %)
- Top-5-Ausbildungsberufe im Saarland bei Frauen*: Kauffrau für Büromanagement (10 %), Medizinische Fachangestellte (8 %), Verkäuferin (7 %), Zahnmedizinische Fachangestellte (7 %), Kauffrau im Einzelhandel (4 %)
- Welche Branche gehört im Saarland zu den wichtigsten Ausbildungsbereichen? – Industrie/Metall
- Wie viele verschiedene Ausbildungsberufe gibt es ungefähr? – ca. 250
- Ab welchem Alter kann man eine Ausbildung beginnen? – ab 15 Jahren
- Wie hoch ist der Anteil der Auszubildenden, die ihre Ausbildung erfolgreich abschließen? – 75–80 %
- Gibt es in Deutschland eine gesetzliche Ausbildungsquote für migrantisierte Personen? – Nein
- Wie hoch ist das monatliche Arbeitsentgelt in einer Werkstatt für Behinderte? – ca. 230 €
- Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene waren 2025 arbeitslos? – ca. 3.200 (unter 25)

Quellen: IAB-Betriebspanel Saarland, Zusatzbericht 2025 (saarland.de); freiheitsrechte.org; Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. Unsere Straßen, unsere Regeln

Thema: Mobilität

Materialien:

- Magnettafel (ggf. von einem anderen Aktionspaket), Magnete
- Laminiergerät, Folien, Schere
- Vorlagen verschiedener Verkehrsmittel: Bus, Bahn, Auto, Fahrrad, Fußgänger*in, E-Scooter, Motorrad, Rollstuhl, Kinderwagen

Giveaway: Mini-Taschenlampe mit Aufdruck „GRÜNE JUGEND Saar“

Ablauf: Auf der Tafel werden die Verkehrsmittel gerankt: nach persönlicher Priorität und danach, wie viel Platz sie im Straßenverkehr bekommen sollten bzw. wie viel Förderung sie erhalten sollten.

Forderungen:

- Ausbau von ÖPNV und Fahrradnetz
- Sichere, räumlich abgetrennte Fahrradwege

Begründung

Erfolgt vor Ort

A2 Haushalt 2025-28

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.11.2026
Tagesordnungspunkt:	4 Finanzen

Antragstext

Siehe Folien vorne

Begründung

Begründung erfolgt vor Ort

A6 Arbeitsprogramm der Grünen Jugend Saar 2026/27

Gremium:	Landesvorstand Grüne Jugend Saar
Beschlussdatum:	14.11.2026
Tagesordnungspunkt:	9 Anträge

Antragstext

Auch unsere Diesjährige Arbeit werden wir natürlich nicht vernachlässigen!

Die Grüne Jugend wird dieses Jahr nämlich einen neuen Schatten bekommen. Der Landtagswahlkampf wird durchgängig über uns stehen.

Dies wird das neue Arbeitsprogramm zeigen.

Wir werden uns stärker im Wahlkampf bei den Grünen integrieren, um eine Spaltung unserer zu vermeiden. Das heißt, dass wir besonders mit dem Ortsverband Mitte stark im Kontakt stehen werden. Ob Panels oder Punsch Ausschenken an der Bahnhofsstraße, alles wird dabei sein.

Zur selben Zeit planen wir dieses Jahr abermals die Saarlandour, wie sie auch zu Zeiten des Bundestagswahlkampfes stattgefunden hat. Wir fahren mit Begleitung aus dem Bundesgebiet durch das Saarland um Stände in verschiedensten Ecken des Saarlandes jeweils zu unterstützen. Somit stellen wir sicher, dass auch unsere Votenträger der Grünen Jugend weiterhin stark repräsentiert werden, auch wenn sie selber nicht am Stand stehen können.

Dazu gehört ebenfalls Merch, wie der wunderhünbsche Pulli, Schals, Sticker aber auch inhaltliche Flyer.

Ihr, als Basis, werdet weiterhin im Wahlkampf integriert sein. Ein Beispiel hierzu war erstmals das Kampagnencamp, in dem ihr nicht nur eure Hauptthemen festlegen konntet, sondern auch uns eure Forderungen zum Wahlprogramm mitgegeben habt, die wir auch später im Programm eingebaut haben.
Ihr werdet gerne in unserer Planung eingebunden, steht mit uns an Ständen, macht die Saarbrücker Innenstadt im Kneipenwahlkampf unsicher und vor Allem setzt eure politischen Themen nach eurem Maße in der Öffentlichkeit um.

Ein krönender Abschluss unserer Arbeit vor der Wahl, wird eine Party vorzugsweise im Hunters sein.

Des Weiteren setzen wir ein Augenmerk auf unsere Öffentlichkeitsarbeit. Unsere Social Media Präsens wie auch Presse Arbeit wird nicht nur vorangetrieben, sondern auch Übermaßen ausgeweitet. Besonders im Wahlkampf werden häufiger Pressemitteilungen herausgeschickt, die von anschaulichen Reels und Posts unterstützt werden.

Somit erreichen wir nicht nur eine effektiv höhere Aufmerksamkeit in der saarländischen Gesellschaft, sondern erreichen auch einen höheren Neumitgliederzuwachs.

Im Generellen setzen wir dieses Jahr einen stärkeren Fokus auf die Neumitgliedergewinnung und ersetzen dadurch erstmals die Strategieteams.

Somit bauen wir diese systematisch für später erstmals auf und unterstützen individuell Mitglieder.

Ein weiterer Punkt wäre die aktive Gestaltung des neu gegründeten feministischen Bündnisses mit den Jungen Sozialisten, der Jugendorganisation der SPD. Wir werden nicht mehr zulassen, dass Auseinanderschreitungen bzgl. des Nah-Ost Konfliktes der feministischen Arbeit am 8. März aktiv schaden.

Es kann nicht sein, dass 5 verschiedene Demonstrationszüge existieren und dabei die Problemen der FLINTA Personen degradiert werden.

In Hinblick auf den Queerfeminismus werden wir wieder das diesjährige Highlight auf den CSD setzen. Das Auto war ein vollster Erfolg, unsere Präsens ist massivst gestiegen. Besonders wichtig ist, dass die Grünen mehr abgeholt werden. Der Christopher Street Day ist unsere größte Demonstration im Saarland, die Reichsbürger auf der anderen Straßenseite werden immer mehr und dennoch sieht man nur 20 Personen von den Altgrünen. Sollte man nun auf Männer achten, sinkt dies Anzahl sogar noch drastischer.

Das dürfen wir nicht mehr dulden.

Hier spielt auch die Finanzierung eine große Rolle. Wenn wir nochmals an den Punkt ankommen, dass die Grüne Jugend Thüringen uns mehr spendet, als die Grünen, werden wir den CSD öffentlich als Grünen Jugend Zug repräsentieren. Wenigstens den Mindestanteil erwarten wir dann auch von den Altgrünen.

Die Awareness Arbeit wird ausgebaut. Es wird kein Team wie in anderen Landesverbänden geben, sondern werde ich persönlich mehrere Personen schulen, damit jeder sich auf jeder Veranstaltung auch wohl fühlt und Ansprechpersonen bei Grenzüberschreitungen hat, auch wenn ich selber nicht anwesend sein werde.

Zum Abschluss: Wir werden unsere Aktiventreffen weiterhin regelmäßig veranstalten. Ein regelmäßiger Veranstaltungsrhytmus von zwei Wochen, hat uns nicht nur mehr Neumitglieder und Interessenten gebracht. Wir haben auch unsere politische Arbeit verwirklichen können, Safe Spaces geboten, oder einfach nur einen schönen Abend genossen.

G Geschäftsordnung

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	09.10.2026
Tagesordnungspunkt:	2.2.3 Abstimmung über die Geschäftsordnung

Antragstext

GESCHÄFTSORDNUNG
der Landesmitgliederversammlungen der Grünen Jugend Saarland

§1 Präsidium
1. Der Landesvorstand schlägt der Landesmitgliederversammlung (LMV) ein Präsidium vor. Dieses bereitet die LMV in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand vor.
2. Zu Beginn der LMV entscheiden die Anwesenden in offener Abstimmung über diesen Vorschlag.
3. Die Mitglieder des Präsidiums vereinbaren untereinander, wer die LMV leitet und wann eine Ablösung in der Sitzungsleitung erfolgt.

§2 Tagesordnung
Die Versammlung beschließt zu Beginn der LMV die Tagesordnung. Die LMV kann jederzeit Verhandlungsgegenstände mit einfacher Mehrheit in die Tagesordnung aufnehmen und von der Tagesordnung absetzen, in ein anderes Gremium verweisen sowie Tagesordnungspunkte vorziehen oder zurücksetzen. Dringlichkeits- und Rückholanträge bedürfen einer 2/3-Mehrheit.

§3 Anträge
1. Alle Anträge außer Geschäftsordnungsanträge müssen elektronisch in Antragsgrün oder über die Landesgeschäftsstelle eingereicht werden.
2. Über den weitergehenden (Änderungs-)Antrag ist zuerst abzustimmen. Auf Antrag können Anträge auch gegeneinander oder in anderer Reihenfolge abgestimmt werden.
3. Geschäftsordnungsanträge sind schriftlich zu stellen. Sie sind sofort zu behandeln.
4. Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen. Gezählt werden nur Stimmen, die durch klares Zeigen der Stimmkarte erfolgen. Eine namentliche oder geheime Abstimmung wird auf Antrag von mehr als einem Drittel der anwesenden Mitglieder durchgeführt. Der Antrag auf geheime Abstimmung geht dem Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

§4 Redebeiträge
1. Jedes Mitglied hat Rederecht.
2. Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen. Die Meldung muss Namen und Kreisverband des betreffenden Mitglieds enthalten.
3. Die Redelisten werden nach Bekanntgabe des Präsidiums eröffnet. Das Präsidium führt getrennte Redelisten (FINTA*/offen) in ausgeloster Reihenfolge. Wenn es der Debatte dient, können gesetzte Redebeiträge vorgesehen werden. Das Präsidium kann, wenn es der Debatte dient, dem Landesvorstand unabhängig von der Redeliste das Wort erteilen. Auf Antrag kann die Zahl der Redebeiträge erhöht werden.
4. Überschreitet ein:e Redner:in die Redezeit, wird nach einer Ermahnung durch das Präsidium das Wort entzogen.
5. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunktes zulässig.

Ein:e Redner:in darf dabei nicht zur Sache sprechen, sondern nur persönliche Angriffe zurückweisen oder eigene Ausführungen berichtigen.

§5 Redezeiten
1. Das Präsidium macht der Versammlung zu Beginn des Tagesordnungspunktes unter Berücksichtigung von Absatz 2 einen Vorschlag für die Redezeiten. Diese können durch Antrag verändert werden. Die Redezeiten können für unterschiedliche Anträge, Positionen oder Listenplätze unterschiedlich sein. Eine Änderung der Redezeiten für einen Antrag, Position oder Listenplatz ist unzulässig, sobald ein:e Redner:in dazu gesprochen hat.
2. In der Regel werden folgende Redezeiten vorgesehen:
1. Pro Antrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 5 Minuten.Sonderanträge wie Kampagnen haben eine Einbringungszeit von max. 8 Minuten.
2. Pro Änderungsantrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 3 Minuten.
3. Pro Geschäftsordnungsantrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 1 Minute.
4. Für alle Parteiämter oder Delegiertenplätze eine Redezeit von 5 Minuten.
5. Für Aussprachen 2 Beiträge/Fragen mit 3 Minuten Redezeit.

§6 Sonstiges
1. Stimmkarten und Wahlzettel sind sorgsam zu behandeln und nicht unbeaufsichtigt zu lassen. Für Stimmkarten ist ein Ersatz ausgeschlossen.
2. Stimmkarten und Wahlzettel sind nicht weiterzugeben.
3. Das Präsidium übt das Hausrecht aus.
4. Soweit Gesetze oder Satzung dem nicht entgegenstehen, kann die LMV mit einer 2/3-Mehrheit im Einzelfall von Bestimmungen dieser Geschäftsordnung abweichen.

Begründung
Diese Geschäftsordnung soll auch für alle zukünftigen LMV Anwendung finden.
Erläuternd:
Geschäftsordnungsanträge sind Anträge, die keine inhaltlichen Themen betreffen, sondern den Ablauf des Parteitages beeinflussen. Insbesondere sind das Anträge:
zur Änderung der Tagesordnung, insbesondere das Hinzufügen oder Streichen von TOPs, sowie das verändern der Reihenfolge der TOPs. Ein Antrag, einen bereits abgeschlossenen TOP erneut zu behandeln oder abzustimmen, ist ein so genannter Rückholantrag.

zur Veränderung der Abstimmungsreihenfolge oder -modalität. Beispielsweise Anträge in einer anderen Reihenfolge abzustimmen, Anträge gegeneinander abzustimmen, erst ein Stimmungsbild einzuholen oder in sonst einer Art und Weise die Abstimmung anders zu gestalten. Es kann auch beantragt werden, geheim oder namentlich (statt offen) abzustimmen.

zur Vertagung, Verweisung oder Nichtbehandlung von Anträgen, wenn diese an einem anderer LMV, in einem anderen Gremium oder gar nicht behandelt werden sollen.

zur Änderung der Redezeiten oder der Anzahl der Redebeiträge. Die Redezeit pro Redner:in kann verlängert oder verkürzt werden und es können mehr (bzw. weniger, wenn mehr vorgesehen sind) Redebeiträge insgesamt vorgesehen werden. Es können auch mehr oder weniger (oder überhaupt) Fragen zugelassen werden.